

17.10

**Abgeordneter Mag. Roman Haider** (FPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Jetzt liegt er also vor, der Finanzrahmen für die nächsten vier Jahre, sogar einen Tag früher als ursprünglich geplant – denn eigentlich wäre er ja erst morgen auf der Tagesordnung gestanden. Aber in Griechenland bahnt sich schon wieder die nächste Schuldenkrise an, darum wollte man morgen ein Sondertreffen der Euro-Gruppe abhalten, an dem der Finanzminister hätte teilnehmen sollen. Dieses Sondertreffen ist aber ohnehin schon wieder abgesagt, weil die Probleme in Griechenland viel größer sind, als man geglaubt hat, und jetzt drängt Athen sogar auf einen EU-Notgipfel der Regierungschefs. Griechenland steht also wieder einmal vor der Zahlungsunfähigkeit, und es stellt sich schon die Frage, was uns diese permanente Rettungspolitik wieder kosten wird, meine Damen und Herren.

Da mutiert so ein Finanzrahmen zu einem Machwerk mit vielen hehren Absichtserklärungen. Die Absichten sind ja auch durchaus lobenswert: Es soll bis 2020 das Budgetdefizit auf 0,4 Prozent des BIP sinken und der enorme Staatsschuldenberg um knapp 8 Prozentpunkte von 84,3 jetzt auf 76,6 Prozent des BIP im Jahr 2020. – So weit, so schön. Das wären ja gar nicht so schlechte Nachrichten. Aber leider wird das so nicht passieren.

Denn: Um so schöne Zahlen aus dem Hut zu zaubern, hat der Herr Finanzminister wieder einmal ein bisschen getrickst. Und die Taube, die er da aus dem Hut gezaubert hat, nennt sich strukturelles Defizit (*Abg. Kogler: Das ist eine Vorgabe! Das sind Unionsvorgaben!*) – also jenes, das sich ergibt, wenn man Einmaleffekte und Unvorhergesehenes herausrechnet.

Die Idee an sich wäre ja gar nicht so schlecht, dass man unvorhergesehene und unabwendbare Ereignisse, die einmalige Kosten verursachen, gesondert betrachtet. Da kann man dann sehen, ob die budgetäre Richtung grundlegend stimmt oder ob es eben strukturelle Probleme gibt. In unserem Fall wird aber das strukturelle Defizit leider dazu verwendet, die Regierungsarbeit und ihre Auswirkungen auf das Budget zu verschleiern. (*Beifall bei der FPÖ sowie des Abg. Loacker.*)

Nehmen wir als Beispiel dafür einfach die Kosten für den Migrantenansturm. Da haben wir in der letzten Zeit immer gehört, das wird 1,2 Milliarden € kosten. Wenn man sich jetzt die Zahlen anschaut, den Stabilitätsbericht, den der Herr Finanzminister gestern vorgelegt hat, und vor allem auch die Zahlen, die er nach Brüssel gemeldet hat, so ist da auf einmal von knapp 2 Milliarden € an Kosten die Rede! Das sind die Zahlen, die nach Brüssel gemeldet worden sind, und das ist Steuergeld, und **darüber** müssen wir

sprechen! – Also 2 Milliarden! Aber die versucht er natürlich herauszurechnen und als Einmaleffekte darzustellen.

Erklärt wird das dann im Strategiebericht so:

„Der Mehrbedarf für Grenzkontrollen und -management wird daher nur für die Jahre 2016 und 2017 budgetiert, da zum derzeitigen Zeitpunkt davon auszugehen ist, dass mittelfristig die europäischen Lösungen greifen werden und müssen. Aus budgetärer Sicht handelt es sich daher um temporäre Maßnahmen, die als Einmaleffekte zu definieren sind.“

Temporäre Maßnahmen? Einmaleffekte? – Die EU verharrt seit mehr als einem Jahr in völliger Agonie, und dann hoffen Sie, Herr Finanzminister, dass sich da jetzt endlich irgendetwas tun wird? Das glauben Sie doch selbst nicht, dass diese Kosten Einmaleffekte sind! Die werden wir noch viele Jahre zu tragen haben, und auch aus diesem Grund wird dieser Finanzrahmen nicht halten. *(Beifall bei der FPÖ. – Zwischenbemerkung von Bundesminister Schelling.)*

Aber auch aus Gründen, die in anderen Bereichen liegen. Schauen wir uns etwa nur die Gegenfinanzierung an, von der Sie voriges Jahr bei Ihrer Belastungsreform, wie auch immer, gesprochen haben: Da wackeln Ihre Zahlen ganz gewaltig! Und das sagen Ihnen nicht nur wir, das sagen Ihnen auch alle Experten, vor allem auch Ihre eigenen, Herr Finanzminister. Sie sagen – das sind Ihre Zahlen –, dass unter dem Titel „Kampf gegen den Steuerbetrug“, inklusive der inzwischen berühmt-berüchtigten Registrierkassenpflicht, 1,9 Milliarden € an Gegenfinanzierung ins Budget fließen werden. Wir Freiheitlichen haben diese Zahlen von Anfang an in Zweifel gezogen, und inzwischen bezweifeln das auch Ihre eigenen Experten. So sagte etwa der Vorsitzende des Fiskalrates diese Woche – ich zitiere ihn wörtlich –:

„Diese Summe in das Budget 2016 zu stellen war schon recht mutig. [...] Wenn man die Hälfte erreicht, kann man schon zufrieden sein. [...] Es wird am Ende des Jahres auf jeden Fall ein ordentlicher Betrag fehlen.“ – Zitat des Vorsitzenden des Fiskalrates Felderer.

Da fehlt also in Zukunft in diesem Budget einiges. Auch die 1,1 Milliarden, die Sie als Gegenfinanzierung aus Verwaltungsreformen – wir sehen überhaupt keine Reformen, die diese Regierung in der letzten Zeit gemacht hat – budgetieren, werden nicht hereinkommen. Dazu sagt der Fiskalrat auch:

„Wir glauben auch bei diesem Posten nicht, dass der Staat an das gesetzte Ziel herankommen wird.“

Also keine Einsparung bei den Förderungen, die Transparenzdatenbank ist ein schlechter Witz, von einer Staatsreform ist nichts zu sehen, die Kosten für das Gesundheitswesen und für Soziales explodieren, bei der Mindestsicherung wird nichts getan – außer in Oberösterreich, wo glücklicherweise die Freiheitlichen mitregieren. *(Abg. Vogl: Ob das ein Glück ist, ...!)* Das Einzige, was dieses Budget rettet, sind die niedrigen Zinsen und ist die kalte Progression, und die gehen zulasten der Sparer und zulasten der Lohnsteuerzahler. Und das ist etwas, wogegen Sie nichts machen, und genau das nehmen Ihnen die Menschen auch übel – das sieht man auch an den Wahlergebnissen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Dass es auch anders geht, das zeigen ja unsere Nachbarländer Deutschland und die Schweiz. Die erwirtschaften Überschüsse, die reduzieren ihre Defizite. In der Schweiz ist von 2006 bis 2015 – in der gleichen Zeit, in der in Österreich die rot-schwarze Regierung am Werk ist – die Schuldenquote von 43 auf 34 Prozent gesunken. *(Abg. Kogler: Da hat man aber auch schon lang von stinkendem fremdem Kapital gelebt, in der Schweiz! Von stinkendem Fremdkapital!)* In Österreich ist sie unter Rot-Schwarz in genau der gleichen Zeit um mehr als 20 Prozent gestiegen. Das sind die Auswirkungen Ihrer Politik!

Dieser Finanzrahmen ist also die in Zahlen festgeschriebene Reformverweigerung und Untätigkeit dieser Bundesregierung. Er ist – und ich kann es leider nicht anders sagen – ein Dokument des Versagens. Offensichtlich wollen Sie die Probleme in Österreich nicht sehen. Offenbar sind Sie auch nicht bereit, die notwendigen Reformen durchzuführen. Offensichtlich sind Sie nicht in der Lage, dieses Land zu regieren und in die Zukunft zu führen. Dieser Finanzrahmen ist ein Dokument des Scheiterns. Ziehen Sie die Konsequenzen und machen Sie den Weg frei für eine echte Reformregierung! *(Beifall bei der FPÖ.)*

17.17

**Präsident Karlheinz Kopf:** Nächster Redner: Herr Abgeordneter Mag. Kogler. – Bitte.